

Klaus-Jürgen Scherer

Kein Wahlkampf ohne Kultur

In der letzten Ausgabe der NG/FH warnte Helmut Mörchen davor, Autoren zu öffentlicher Parteinarbeit zu drängen: Ein Remake der Wählerinitiative der 60er Jahre sei unmöglich, das Wort des Schriftstellers würde in der medialen Bilderwelt kaum noch wahrgenommen. Demgegenüber wird hier die These vertreten, dass kulturelle Faktoren und Stimmen gerade in Wahlkämpfen wichtiger geworden sind, allerdings unter gewandelten Bedingungen.

Mag sein, im Beschwören der legendären Nähe von Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen zur »EsPeDe« der 60er und frühen 70er Jahre schwingt oft Verklärung mit. Und natürlich haben sich die Zeiten gewandelt. Wie in der Gesellschaft insgesamt, ist die lebenslange prinzipielle Zugehörigkeit zu einer politischen Grundströmung seltener geworden. »Retro« geht schon deshalb nicht, weil die heutigen Kulturschaffenden, die jüngeren zumal, ohne »Dritten Weg« und sozialistische Utopie seltener parteipolitisch festgelegt sind.

Künstlerische Freiheit kann eben auch bedeuten, sich dem Anspruch einer politischen Botschaft zu versagen. Doch für nur wenige ist der gesellschaftsferne Elfenbeinturm das Ziel. Die Autoren und Künstler anderer Genres sind nicht einfach unpolitisch geworden. Viele suchen, nicht nur über ihre künstlerischen Positionen, gesellschaftspolitische Einmischung. Allerdings weniger als parteiisches und grundwertebezogenes dauerhaftes Kommentieren, Räsonnieren und Reinreden, sondern eher pragmatisch, auf momentane tagespolitische Debatten, auf konkrete Themen und bestimmte Personen bezogen, durch besondere Konstellationen motiviert und auch berufsständische Interessen ins Spiel bringend.

Überhaupt scheint es zu einer lebendigen Demokratie zu gehören, dass in wich-


Klaus-Jürgen Scherer

(* 1956) ist Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der NG/FH in Berlin.

klaus-juergen.scherer@fes.de

tigen Zukunftsdebatten ältere Großschriftsteller, bereits bekannte jüngere Autoren und andere Prominente aus dem Bereich der Kultur präsent sind. Gerade vor wichtigen Wahlen melden sich viele aus den Kulturszenen und kreativen Branchen verstärkt zu Wort. Quantitativ mischen sich sogar erheblich mehr ein als vor vierzig Jahren. Vielleicht kann man sogar von einer Politisierung der Kultur (im Feuilleton liest man oft die intelligentesten politischen Grundsatzartikel) und einer Kulturalisierung der Politik (kaum ein erfolgreicher Politiker, der nicht die Nähe zu Künstlern sucht) sprechen.

Was einst der ungewöhnlichen persönlichen Begegnung von Brandt und Grass bedurfte, ist selbstverständlich geworden: Macht und Kunst treffen sich regelmäßig. Was Gerhard Schröder öffentlich zelebrierte, findet im Kanzleramt Angela Merkels diskret statt. Außenminister Frank-Walter Steinmeier nimmt immer wieder Künstler

im Flugzeug mit und die meisten Ministerien organisieren Ausstellungen und Lesungen. Auch die neue Bundeskulturpolitik, 1998 von der SPD gegen erbitterten Widerstand der Union durchgesetzt, hat zu größerer Nähe von Kultur und Politik beigetragen, wovon nicht allein die SPD, sondern derzeit – auch weil sie den Staatsminister für Kultur und Medien stellt – ebenso die CDU profitiert.

Themen und Treffen

Kulturpolitik ist nicht mehr randständiges Politikfeld. Stets, wie vor kurzem beim 50-Milliarden-Konjunkturprogramm, wird angemahnt, auch die kulturelle Infrastruktur solle davon profitieren. Kultur ist Feld politischer Auseinandersetzung geworden, mal mit letztlich konsensuellem Ausgang von der Gedenkpolitik bis zur Stabilisierung der Künstlersozialversicherung, mal kontrovers beim Staatsziel »Kultur ins Grundgesetz« oder beim Streit um die »deutsche Leitkultur«. Im Wahljahr 2009 sind Kulturthemen nicht mehr marginal, etwa wenn es um die Gefährdung des Urheberrechtes durch – illegalen oder von *Google* organisierten – Download geht, der nach der inzwischen fast halbierten Musikbranche den Film und jetzt auch die Literatur betrifft. Auch der Umgang mit prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen in der Kreativwirtschaft wäre zu nennen oder der befristete Angestelltenstatus vieler Film- und Fernsehschauspieler.

Künstler kennen ihr argumentatives Gewicht. Bei zahlreichen Treffen und kommunikativen Abendessen bringen sie ihre Sichtweisen und Anliegen vor, von der großen Politik, von Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit bis hin zu Filmförderung und Künstlersozialkasse. Bei der letzten Bundestagswahl unterzeichneten Tausende einen Aufruf der kritischen Intelligenz für Rot-Grün und Hunderte einen Appell, die sozialdemokratische Bundeskulturpo-

litik fortzusetzen. Der wahlkampfproben Günter Grass intervenierte geradezu klassisch: mit geschliffenen Wahlkampfreden, mit groß aufgemachter Feuilletonberichterstattung über sein Engagement, mit einer Initiative, die eine ganze Reihe jüngerer Schriftsteller mitnahm. Der Stimmungsumschwung der letzten Wochen, als aus »die Wahl ist schon gelaufen« ein »das Rennen ist wieder offen« wurde, lag auch am Altmeister.

Tatsächlich finden sich in den Wahlkampfzentralen seit 1998 besondere Unterstützerebenen, die, weit über die Kultur hinaus, gezielt das befreundete Umfeld in gesellschaftlichen Zielgruppen ansprechen und bei der Organisation des Engagements mitwirken. Unabhängige Kulturinitiativen, wie in der Bundestagswahl 2005 der Wahlauftrag von Klaus Staeck oder die Schriftstellerinitiative von Günter Grass, werden ergänzt durch von professionellen Wahlkämpfern organisierte Events, Aufrufe, Beiträge und *Testimonials*. Es mag gerade Schriftsteller und Intellektuelle stören, dass sich nicht jedes differenzierte, Kritik und Solidarität vorsichtig abwägende Urteil medial durchsetzt. Doch am Ende zählt eben die grobschlächtige Polarisierung, dann zeigt sich, wer auf welcher Seite steht.

Aber so ist sie nun mal, die Logik der Mediendemokratie. Die argumentative Ebene hat zwar weiterhin ihren Platz, wie im Sommer 2005 beim Streit im seriösen Feuilleton, ob und wenn ja, wieweit sich der Schriftsteller parteipolitisch (und auf Schröder) festlegen dürfe. Gesellschaftlich breiter als kritische Intellektuelle wirken jedoch prominente Gesichter aus Film, Fernsehen und Popkultur. Dies zu nutzen, ist Teil der Modernisierung (oder Amerikanisierung) von Wahlkämpfen. Parteien wollen durch positive Berichterstattung Stimmungslagen verstärken, was nicht unbedingt der Tonnenideologie folgen muss, dass der gewinnt, der die meisten Kulturpromis aufzubieten hat. Besser ist es, dialektische Volten des Boulevards geschickt

zu nutzen: Bei der letzten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus berichtete die BILD-Zeitung tagelang empört darüber, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Thomas Gottschalk und Alfred Biolek bei Strafe ausfallender Sendungen untersagten, Klaus Wowereit öffentlich zu unterstützen. So lernte das Wahlvolk, besser als durch teure Anzeigen, wen die beliebtesten Fernseh-Promis als Regierenden Bürgermeister bevorzugten.

Für die Parteien jedenfalls ist es wichtiger geworden, dass prominente Kulturschaffende ihr Gesicht zeigen oder sich politisch zu Wort melden. Prominente des öffentlichen Lebens sind oft weit angesehener und werden stärker verehrt als die vielfach geschmähten Politiker. Wo Parteien und Politiker heute auch an soziokultureller Differenz gemessen werden, wo sich fluide Wählerschaften stärker denn je an momentanen Stimmungslagen orientieren – in der Bundestagswahl 2005 entschieden sich 25 % der Wähler erst am Wahlwochenende –, da werden prominente Bekenntnisse auf der Zielgeraden eben wichtiger.

Waren noch bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 die sich äußernden Kulturschaffenden und Künstler fast alle auf Seiten der SPD, ist es 2009 schwieriger geworden, hat die Union in den letzten Jahren doch systematisch darauf hingearbeitet, in der Konkurrenz um Multiplikatoren und Prominente aus dem Kulturleben gleichzuziehen – besonders manch einer aus der von staatlicher Förderung abhängigen Filmszene scheint anfällig.

Aber noch gibt es den Literaturnobelpreisträger, der den Kontakt zu Gegenwartsautoren, die sich für gesellschaftspolitisches Engagement gewinnen lassen, aufrecht hält. Beim jährlichen »Lübecker Autorentreffen« wird intern und öffentlich aus Manuskripten gelesen und vor allem solidarischer, nämlich »handwerklich und heiterer«, als einst in der für ihr raues Klima berühmten Gruppe 47 miteinander diskutiert. Nicht mit der quantitativen

Sammlung von Unterstützer-Zielgruppen dürfte die SPD diesmal reüssieren, es wird stärker auf inhaltlich überzeugende Parteinarbeiten, Aufrufe, Initiativen, auf ergebnisoffene Dialogsituationen und Veranstaltungen ankommen.

Neue Internet-Bewegung

Der Anteil dessen, was im Internet stattfindet, wächst ständig – kein Wunder, wo jetzt bereits dreiviertel aller Haushalte auch in Deutschland online sind, wo sich die junge Generation vor allem im Netz informiert. Wir sind mitten in einer zweiten Welle der Modernisierung des Kulturwahlkampfes: Gerade hat eine mitreißende Kulturbewegung – von Obama-Partys bekannter Schriftsteller bis hin zu im Web verbreiteten Songs der Hip-Hop-Szene – den neuen Präsidenten ins Weiße Haus getragen. An den USA kann man sehen, was eine moderne soziale Bewegung für den politischen Wechsel heute bedeutet: Die Kunst selbst, Literatur, Film und Popmusik wurden zur Ästhetisierung des Bekenntnisses genutzt, die wichtigsten Stars des Landes brachten ihr schriftstellerisches und musikalisches Können, ihre Persönlichkeit ein, mischten mit in den neuen diskursiven Foren der Internet-Demokratie.

In den USA entscheidend waren neben den charismatischen Zügen des (Popstar-)Kandidaten gesellschaftliche Polarisierung und Wechselstimmung, ein »Kulturkampf: auf die ›moral majority‹ ist die ›American majority‹ gefolgt« (Michael Naumann). Wie weit ein Lagerwahlkampf gegen Schwarz-Gelb aus der Großen Koalition heraus gelingen kann, wird von wahlentscheidender Bedeutung sein. In diesem Fall würden wichtige deutsche Schriftsteller und Künstler sicher wieder dabei sein, wie Anfang 2003, als man sich in großer Zahl bei Schröder im Kanzleramt traf, um ihm beim *Nein* zum Irakkrieg den Rücken zu stärken.